



## Medienmitteilung

Bern, Oktober 2014

### Sozialcharta - Lösung auf dem Silbertablett

**Die Schweiz betont gerne und häufig, wie sehr ihr die Menschenrechte ein Anliegen sind. Und doch. Die Europäische Sozialcharta hat die Schweiz bis heute nicht ratifiziert. Seit dem Bericht des Bundesrates liegt aber eine kompromissfähige Ratifizierungsvariante vor.**

Anlässlich der Sitzung der Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates vom 24. Oktober sorgt Pro Sozialcharta mit einer symbolischen Aktion vor dem Bundeshaus einmal mehr für Aufsehen. Behandelt wird die Petition von ACAT (Aktion der Christen gegen Folter), die eine Ratifizierung der Charta verlangt. Gleichzeitig wird der Bericht des Bundesrates vom 02.07.14 thematisiert. Dieser kommt zum Schluss, dass für eine Ratifikation keine juristischen Hürden mehr bestehen. Damit liegt nach 38 Jahren endlich eine gangbare Lösung vor. Als Kellnerinnen und Kellner verkleidet überreichen Befürworter den zur Sitzung eilenden Parlamentarierinnen die Sozialcharta quasi auf dem Silbertablett.

### Nie mehr Verdingkinder in der Schweiz

Wenn bei menschenunwürdigen Praktiken alle nationalen Kontrollen versagen, dann erhalten Menschenrechtsabkommen wie die Sozialcharta ihre zentrale Bedeutung. Dank des eingebauten Überwachungssystems werden Untaten schneller entdeckt oder sogar vermieden. Die Sozialcharta bringt für alle Bürger und Bürgerinnen der Schweiz einen besseren Schutz ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte.

Menschenwürde schützen  
Sozialcharta ratifizieren



[www.sozialcharta.ch](http://www.sozialcharta.ch)  
[kontakt@sozialcharta.ch](mailto:kontakt@sozialcharta.ch)  
T +41 (0) 31 380 83 00  
F +41 (0) 31 380 83 01

Pro Sozialcharta  
c/o AvenirSocial  
Schwarztorstrasse 22  
Postfach 8163  
CH-3001 Bern

Die Kampagne Pro Sozialcharta, hinter der mehr als 70 Organisationen stehen, will die humanitäre Tradition der Schweiz hochhalten. Bei menschenverachtenden Taten soll hin- und nicht weggeschaut werden. Der Bundesrat soll bei der Ratifizierungsfrage neben dem Parlament auch auf die Stimmen der Zivilgesellschaft hören.